

Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 09.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-U Europawahlprogramm (Kapitel 1)

1 Ein Europa ohne Kohle, Atomkraft und sonstige fossile Energien ist möglich. Wir wollen die
2 Europäische Union zum weltweiten Vorreiter für Klimaschutz, erneuerbare Energien und
3 Energieeffizienz machen. Unser Kontinent hat gerade hier noch enorme Potenziale, die bislang
4 weitgehend brachliegen. Durch saubere Energiequellen kann eine weitgehende Energie-
5 Unabhängigkeit erreicht, können Klima und Umwelt geschützt und nachhaltige Jobs geschaffen
6 werden. Das ist unser Ziel. Die gute Nachricht: Alle Lösungen dafür stehen bereit, sie
7 müssen nur angepackt werden!

8 Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Generation. Versagen wir bei
9 der Eindämmung der Krise, haben wir als politische Generation versagt. Mit Klimaschutz
10 schützen wir nicht nur (und noch nicht einmal in erster Linie) Arten und Natur. Wir schützen
11 unsere Lebensgrundlagen, aber auch die liberale Demokratie, ein Gemeinwesen, das in der
12 Lage
13 ist, wertebasierte Politik zu machen. Und wir schützen die ökonomische Basis, auf der wir
14 unsere Politik aufbauen. Wir leben bereits in einer Welt, die sich um ein Grad erwärmt hat.
15 Diese Veränderung birgt schon heute erhebliche Risiken auf unser Zusammenleben und unsere
16 Freiheit. Eine Erderhitzung, die nicht unter 1,5 Grad liegt, wird unkontrollierbare Folgen
17 haben. Und sie trifft zuerst jene, die die Klimakrise nicht verursacht haben und sich am
18 wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen, besonders Frauen, in den
19 Ländern
20 des globalen Südens. Deshalb streiten wir - an der Seite einer globalen Bewegung - für
21 Klimagerechtigkeit. Viele werden ihr Zuhause verlassen müssen und sich als Klimaflüchtlinge
22 auf den Weg machen. Die weltweiten Migrationsbewegungen werden zunehmen. Selbst die
23 Weltbank
24 rechnet mit 140 Millionen Klimaflüchtlingen bis 2050. Es wird zu Kriegen um Wasser,
25 fruchtbare Böden oder sichere Stätten kommen. Wir werden uns der Verantwortung so oder so
26 nicht entziehen können. Doch die Zeit läuft uns davon. Hitzerekorde, Dürren,
27 Überschwemmungen und starke Stürme liefern fast täglich neue Schreckensmeldungen. Der
28 vergangene Sommer hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass die Klimakrise längst auch bei
29 uns in Europa Realität ist. Es ist höchste Zeit, dass die EU ihre Klimapolitik endlich an
30 den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausrichtet.

31 Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt nicht nur,
32 dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik betreibt, sondern
33 dass sie die ökologischen Fragen auch ins Zentrum ihrer Außen-, Sicherheits- und
34 Friedenspolitik stellt. Wie wir unseren Energiehunger stillen, wird maßgeblich die
35 Leitlinien der Außenpolitik bestimmen. Ob wir schmutzige Deals mit Diktatoren um Öl, Gas und
36 Kohle eingehen oder eine demokratische Energieinfrastruktur auf Basis der Erneuerbaren
37 aufbauen, macht einen Unterschied. Die EU-Energieaußenpolitik muss auf Nachhaltigkeit und
38 einen Dialog auf Augenhöhe im Interesse der betroffenen Staaten setzen. Zu einer solchen,

36 gemeinsamen EU-Außenpolitik ist daher eine starke, auf Erneuerbarer Energien basierende
37 Energieunion notwendig.

38 Eine Handels- und Landwirtschaftspolitik, die unseren Reichtum auf Kosten Dritter
39 erwirtschaftet, oder stattdessen faire Partnerschaften, die einen gedrosselten
40 Ressourcenverbrauch bei uns bedeuten, machen einen Unterschied. Fischen wir die Meere leer
41 oder sorgen wir für halbwegs intakte Meeresökologie? Exportieren wir unseren Müll ins
42 Ausland oder verzichten wir auf Wegwerfplastik? Mit welchen Wohlstandsindikatoren wollen wir
43 am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaften stärken?

44 Viele Menschen sind weiter als die Politik: zum Beispiel diejenigen, die sich an
45 Bürgerenergieprojekten beteiligen, auf ökologisch erzeugte Lebensmittel setzen, die in
46 Nachhaltigkeit und grüne Infrastruktur investieren. Viele europäische Städte tüfteln schon
47 lange an einer autofreien Zukunft. Aber auch innovative Unternehmen, Ingenieur*innen,
48 Wissenschaftler*innen und viele mehr haben sich auf den Weg gemacht. Mit ihnen allen
49 verbünden wir uns. Und packen an. Für ein Europa, das ohne Kohle- und Atomstrom auskommt,
50 eine Agrarpolitik betreibt, die auf ökologischen Kriterien basiert, Tiere schützt und
51 Landwirten eine Perspektive gibt, ein Europa, das mit einer Plastikabgabe plastikmüllfrei
52 wird und unsere Meere schützt.

53 Schadstoffbelastete Böden und Gewässer, weniger Summen und Brummen in der Luft - das sind
54 Anzeichen einer kranken, ausgelaugten und überstrapazierten Natur, die auf den Menschen
55 zurückgehen. Und Anzeichen dafür, dass wir Grenzen überschreiten. Diesen Herausforderungen
56 müssen wir uns stellen. In einem gemeinsamen Europa können wir mit weniger Dünger, weniger
57 Pestiziden und einem Verbot von Glyphosat Tieren und Pflanzen wieder mehr Lebensraum
58 geben.

58 Mit einer Wasserrahmenrichtlinie, die wir konkretisieren und konsequent umsetzen, verbessern
59 wir die Qualität von Flüssen und Seen. Und mit europäischen Korridoren für Biotop und mehr
60 Wildnisflächen erhalten wir wichtige Lebensgrundlagen. Wir wollen ein gemeinsames Europa,
61 das seine Umwelt und Natur schützt.

62 Bei der sauberen Mobilität, bei den erneuerbaren Energien oder auch beim Divestment hinkt
63 Europa hinterher. Wir wollen grüne Anleihen europaweit stärken und eine Richtlinie für
64 ökologische Transparenz am Finanzmarkt schaffen. Für den Verkehr der Zukunft wollen wir eine
65 europäische Batteriezellenproduktion aufbauen, die sparsam mit den notwendigen Ressourcen
66 umgeht. Damit sorgen wir für mehr klimafreundliche Mobilität und halten zugleich die
67 Wertschöpfung in Europa. Digitale Technologien wollen wir stärker für vernetzte Mobilität
68 einsetzen. Zudem knüpfen wir ein europaweites Schienennetz und verlagern Güter von der
69 Straße auf die Gleise. Mit einem dynamisch ansteigenden CO₂-Mindestpreis sorgen wir für
70 wirksamen Klimaschutz. Und für mehr Erneuerbare und größere Versorgungssicherheit schaffen
71 wir einen gesamteuropäischen Stromverbund und ein intelligentes Stromnetz. Das alles geht
72 nur gemeinsam. In einem gemeinsamen Europa.

73 **1.1 Klimaschutz fördern, für ein Europa der Erneuerbaren Energien, raus aus Kohle-
und**
74 **Atomkraft**

75 Die Europäische Union ist reich an sauberen Energiequellen. Die Erneuerbaren haben weltweit
76 10,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, davon mehr als 1,1 Millionen in der EU und über
77 300.000 in Deutschland. Investitionen in Erneuerbare und in Energieeffizienz sind
78 mittlerweile der kostengünstigste Weg für eine nachhaltige Energieversorgung und der Garant
79 für eine zukunftsfähige Ausrichtung der Wirtschaft. Es darf nicht sein, dass Europa durch
80 die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union bei dieser
81 rasanten Entwicklung den Anschluss verliert. In China und den USA wird mittlerweile deutlich
82 mehr in Erneuerbare investiert als in der EU.

83 Wir wollen das ändern! Wir wollen eine zu 100 % erneuerbare und energieeffiziente
84 Europäische Union als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das
85 europäische Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt,
86 ambitionierter und verbindlich werden. Bis 2030 müssen 45 % von Europas Energie, die wir
87 beim Strom, der Wärme und bei der Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein, und bis 2050
88 müssen es 100 % sein. Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, um die Klimakrise
89 einzudämmen und die globale Erhitzung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5 Grad zu begrenzen.
90 Die CO₂-Emissionen müssen zudem bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 gesenkt
91 werden.

92 Bei der Energieeffizienz braucht es eine Verbesserung um 40 % im Vergleich zum Jahr 1990, um
93 ein maximal technisch mögliches Niveau der Energieeffizienz für 2050 zu erreichen. Diese
94 Ziele müssen wir kontinuierlich überwachen und falls nötig anpassen. Wenn der Klimawandel
95 sich beschleunigt, ist es notwendig, schneller voranzukommen.

96 Die Verbrennung von Kohle ist die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung. Darüber hinaus
97 schafft Kohleverbrennung gesundheitliche Probleme. Dabei gibt es längst Alternativen:
98 Erneuerbare Energien sind sauberer, sicherer, effizienter und mittlerweile auch billiger.
99 Länder wie Frankreich, Dänemark, Schweden, Österreich, die Niederlande oder Italien haben
100 sich der globalen Allianz für den Kohleausstieg (Powering Past Coal Alliance) angeschlossen,
101 die sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2030 ausspricht. Diesen Vorreitern muss sich
102 die Europäische Union inklusive Deutschland anschließen, statt an der klimaschädlichen Kohle
103 festzuhalten.

104 Der Export von dreckigem deutschem Kohlestrom untergräbt in Europa den Ausbau der
105 Erneuerbaren. Kohlekraft schadet nicht nur dem Klima, sondern setzt auch hochgiftige
106 Schadstoffe frei. Die hohen Folgekosten für die Verbrennung von Kohle in Europa dürfen nicht
107 weiter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, die die Kosten und Risiken dafür trägt. Die
108 Stromversorgung wird im Zuge der Abschaltung der unflexiblen, ineffizienten Kohle- und
109 Atomkraftwerke durch den Zubau erneuerbarer Energien sowie von hocheffizienten
110 Kraftwärmekopplungsanlagen sichergestellt, die zunehmend nur noch mit erneuerbaren
111 Energien
112 betrieben werden. Ob CO₂, Quecksilber, Feinstaub oder Stickoxide: überall sind
113 Kohlekraftwerke als Hauptverursacher dabei. Deshalb müssen wir jetzt beginnen,
114 Kohlekraftwerke abzuschalten. Daran muss sich Politik messen lassen. Wir brauchen nicht nur
115 in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen Kohleausstieg.

116 Die hochgefährliche Atomkraft, deren Kosten und Risiken auf viele zukünftige Generationen
117 abgewälzt werden, bekämpfen wir europaweit. Der dringend notwendige Kohleausstieg darf

nicht

116 dazu führen, dass Kohle durch Atom ersetzt wird. Die Atombranche etwa in Frankreich setzt
117 auf eine Renaissance der französischen Atomkraft. Die dort diskutierte Laufzeitverlängerung
118 von Atomkraftwerken lehnen wir ab. Es ist völlig unverantwortlich, dass Atomkraftwerke, die
119 für eine Laufzeit von maximal 40 Jahren konzipiert wurden, nun trotz zunehmender Störfälle
120 60 Jahre am Netz bleiben sollen. Auch Belgien macht keine Anstalten, seine Schrottreaktoren
121 vorzeitig stillzulegen. Die Laufzeiten für Atomkraftwerke sind auf ein absolutes Maximum von
122 40 Jahren zu begrenzen. Risiko-AKW's wie die französischen Reaktoren Cattenom und
Fessenheim,

123 das belgische Tihange oder das tschechische Temelín sind sofort abzuschalten. Der Betrieb
124 dieser Schrottmeiler birgt unbeherrschbare Risiken für alle Europäer*innen. Darüber hinaus
125 fordern wir ein neues Regelwerk auf europäischer Ebene, das es Bürger*innen und
126 Anrainerstaaten ermöglicht, Einfluss auf die Sicherheitsanforderungen für grenznahe
127 Atomkraftwerke nehmen zu können. Die Atomtransporte in Europa müssen systematischer
erfasst,

128 transparenter gemacht und auf ein Minimum beschränkt werden.

129 Nur durch milliardenschwere staatliche Beihilfen rechnet sich der Bau von Atomkraftwerken in
130 Europa überhaupt noch - und dient beispielsweise in Großbritannien indirekt auch den
131 Atomwaffenprogrammen. Diese Subventionen sind möglich, weil immer noch auf Grundlage des

132 längst überholten Euratom-Vertrags entschieden wird. Diese indirekten und direkten
133 Subventionen müssen beendet werden. Alle Passagen dieses Vertrages, die Investitionen,
134 Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien im Bereich der Atomkraft begünstigen und
135 AKW-Projekten gegenüber anderen Energieträgern einen wettbewerbsverzerrenden Vorteil
136 verschaffen, müssen gestrichen werden. Der AKW-Rückbau und die Entsorgung von Atommüll
137 mitsamt transparenter Beteiligung und Mitwirkung der Bevölkerung bei der Endlagersuche
138 sollen zur Kernaufgabe von Euratom werden. Zudem müssen die EU-weit geltenden
einheitlichen

139 Sicherheitsstandards wesentlich strenger werden. Ebenso verlangt die unterirdische
140 Endlagerung hohe, einheitliche Mindestanforderungen. Darüber hinaus ist ein neues
141 einheitliches europäisches Haftungsregime mit deutlich höheren Anforderungen und einer
142 Einbeziehung grenzüberschreitender Auswirkungen notwendig; Bei den Entscheidungen zu
Euratom

143 wollen wir in Zukunft ein klares demokratisches Mitspracherecht durch das Europäische
144 Parlament. Um das Ziel von 100% erneuerbarer Energie in Europa für 2050 erreichen, muss die
145 Förderung von Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerativen Stromquellen
auch

146 auf europäischer Ebene noch stärker vorangetrieben werden. Damit die Energiewende
europaweit

147 gelingt, braucht es eine Erneuerbare-Energien-Union. Den Energie-Charta-Vertrag, der
148 Konzernen Sonderklagerechte einräumt und damit den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg
149 aushebelt, wollen wir hingegen kündigen.

150 Klimabedingte Migration und Flucht würdevoll gestalten - Klimapass für Bewohner*innen von
151 bedrohten Inselstaaten

152 Für Millionen von Menschen weltweit ist die Klimakrise längst kein theoretisches Phänomen
153 mehr. Neben einer grundlegenden Kehrtwende in der eigenen Klimapolitik ist es deshalb
154 Aufgabe der EU, die betroffenen Länder technisch und finanziell bei der Anpassung an die
155 Klimakrise und bei der Bewältigung ihrer Folgen zu unterstützen. Dennoch werden Menschen
156 gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Wir wollen, dass die EU dazu beiträgt, diesen
157 Menschen eine würdevolle und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen – innerhalb ihres
158 Landes, in ihrer Region, gegebenenfalls auch nach Europa. Historisch betrachtet sind die
159 westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase. Daher soll
160 die EU zusammen mit anderen Industriestaaten vorgehen und im Rahmen einer
gemeinsamen
161 Regelung den Bewohner*innen von bedrohten Inselstaaten, die durch die Klimakrise
unbewohnbar
162 werden, Klimapässe anbieten. Diese sollen zusätzlich und nicht alternativ zu bestehenden
163 Initiativen und Forderungen der Inselstaaten etabliert werden. Auch andere Staaten mit
164 historisch oder gegenwärtig hohen Treibhausgasemissionen sollen als Partner für diese
165 gerechte Klimafolgenanpassung gewonnen werden. Zugleich sollte die EU Prozesse
unterstützen,
166 in denen mit betroffenen Staaten über völkerrechtliche Ansätze zum Umgang mit
klimabedingter
167 Migration, Flucht und Vertreibung, sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten wird.
168 CO₂ einen Preis geben und den Menschen das Geld
169 Treibhausgase müssen einen Preis entsprechend ihrer Klimawirksamkeit bekommen. Dieser
Preis
170 besteht nach unseren Vorstellungen aus zwei Komponenten: Für alle Anlagen, die dem
171 Emissionshandel unterliegen – das sind vor allem Industrieanlagen sowie Kohle- und
172 Gaskraftwerke –, muss es einen deutlich steigenden Mindestpreis für CO₂-Emissionen geben,
173 denn Unternehmen brauchen Planungssicherheit, um nachhaltige Investitionsentscheidungen
zu
174 treffen. Die letzte Reform des Emissionshandels war viel zu zaghaft, zusätzlich muss die
175 Anzahl der Zertifikate im Emissionshandel entsprechend des Pariser Klimaziels weiter
176 reduziert werden. Nur so entfaltet der CO₂-Preis eine echte Lenkungswirkung. Deutschland
177 soll zunächst mit einigen EU-Staaten die Initiative ergreifen und in einer regionalen
178 Staatengruppe einen gemeinsamen CO₂-Mindestpreis einführen; die Niederlande und
Frankreich
179 haben ihre Absicht dazu schon erklärt. Perspektivisch wollen wir eine gesamteuropäische
180 Lösung vorantreiben.
181 Für die Sektoren, die bislang nicht vom Emissionshandel erfasst werden, benötigen wir eine
182 grundlegende Änderung der Abgaben. Fossile Treib- und Wärmebrennstoffe müssen
entsprechend
183 für ihren jeweils spezifischen CO₂-Ausstoß den wahren Preis kosten.
184 Zeitnah wollen wir dafür sorgen, dass Produkte und nicht deren Produktion dem europäischen
185 CO₂-Mindestpreissystem unterliegen. So würden wir in Deutschland und Europa zukünftig die
186 Entstehung von CO₂ und nicht die Herstellung der Produkte verteuern. Dadurch verhindern wir,
187 dass der hohe CO₂-Preis die Produktion und damit den CO₂-Ausstoß in Länder verlagert, in

188 denen es keinen vergleichbar hohen Preis für CO₂ gibt. Den dafür notwendigen Grenzausgleich
189 („border carbon adjustment“) wollen wir WTO konform gestalten. Perspektivisch wollen wir
190 weitere umweltschädliche Effekte analog zur CO₂-Besteuerung in eine umfassende
191 Verschmutzungs- und Ressourcenbesteuerung aufnehmen.

192 Da Steuern und Abgaben auf Verbrauch immer sozial schwächere Haushalte stärker belasten als
193 reichere, wollen wir die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung an die
194 Verbraucher*innen zurückgeben. Unser Ziel ist die Schaffung eines Energiegeldes als Pro-
195 Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar ist, werden
196 wir uns auf nationaler Ebene dafür einsetzen.

197 Wir wollen Energiearmut bekämpfen, indem europaweit Sozialtarife geschaffen werden,
198 betroffene Haushalte eine kostenfreie und unabhängige Energieberatungen erhalten und die
199 eigene Energieerzeugung und -einsparung gefördert wird.

200 Beschäftigte beim Strukturwandel in Kohlerevieren unterstützen

201 Der Kohleausstieg wird dazu führen, dass einerseits Arbeitsplätze verloren gehen und
202 andererseits in neuen Zukunftsbranchen deutlich mehr Arbeitsplätze entstehen. Dennoch
nehmen
203 wir die Sorgen und Ängste der Betroffenen ernst und lassen die Menschen nicht im Stich. Bei
204 diesem Strukturwandel müssen wir die Beschäftigten und die Regionen unterstützen, damit sie
205 eine Perspektive haben. Mit den Mitteln der EU-Strukturfonds sollen „Kohleausstiegsregionen“
206 speziell gefördert werden. Neue regionale Wirtschaftsschwerpunkte werden aufgebaut und
207 passgenaue Weiterbildung wird angeboten. Wir werden dafür ein Recht auf Weiterbildung und
208 lebenslanges Lernen in ganz Europa verankern. Das hilft nicht nur den vom Strukturwandel
209 Betroffenen, sondern ist auch ein Mittel gegen Fachkräftemangel. Die Sozialpartner sollen
210 ihre spezifischen Kompetenzen aktiv in den Prozess des Strukturwandels einbringen können.

211 Europas Energie vernetzen

212 Selbst wenn Energiepolitik innerhalb der EU heute immer noch vor allem in der nationalen
213 Kompetenz liegt, sind die Mitgliedsländer durch den gemeinsamen Strommarkt eng miteinander
214 verbunden. Europa muss sich energiepolitisch weitgehend unabhängig machen. Wir brauchen
215 nicht mehr Erdgas, sondern mehr Erneuerbare und höhere Energieeffizienz. Die Weichen dafür
216 stellen wir, indem wir die Energiewende im Wärmesektor vorantreiben und dafür sorgen, dass
217 Gebäude in Europa energieeffizient werden und erneuerbare Energien nutzen. Das Projekt Nord
218 Stream 2 lehnen wir daher ebenso ab wie neue Pipelineprojekte, Frackingvorhaben und den
219 Import von gefracktem Gas. Doch auch der Bau von LNG-Terminals ist keine Alternative für die
220 Dekarbonisierung der europäischen Energieversorgung. Die starke Abhängigkeit Europas von
221 klimaschädlichen Energieimporten muss in einer gemeinsamen europäischen Anstrengung
222 überwunden werden.

223 Europa muss zusammenwachsen, auch im Strombereich. Mit einem gesamteuropäischen
Stromverbund
224 stärken wir die Versorgungssicherheit, indem Angebot und Nachfrage auf eine breitere Basis
225 gestellt werden. Damit schaffen wir ein gemeinsames Netz für ganz Europa und verbinden

226 Lissabon mit Helsinki. Wir beugen auch Lieferengpässen vor und sorgen für mehr
227 Unabhängigkeit.

228 Für Europa brauchen wir dazu ein intelligentes Stromnetz, das sowohl die erneuerbaren
229 Energien dezentral verknüpft und überregional verbindet als auch über flexibel steuerbaren
230 Stromverbrauch clever das zunehmend erneuerbare Stromangebot vernetzt.

231 Nötig sind europäische Strom- und Gasnetze, die der Energiewende dienen und helfen, die
232 natürlichen Schwankungen der Erneuerbaren auszugleichen. Dieses Prinzip muss Leitschnur für
233 die Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Wir wollen die Erzeugungspotenziale
234 in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und dezentralen
235 Strukturen. Auch die zukünftig erforderliche Speicherstruktur muss europäisch gedacht und
236 geplant werden. Um mehr Speicherkapazitäten zu schaffen, setzen wir uns für ein
237 Markteinführungsprogramm für Energiespeicher ein.

238 Risikotechnologien wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS), also die Einlagerung von
239 CO₂ in unterirdische Lagerstätten, und die Förderung von Erdgas und Erdöl durch Fracking
240 lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit, Trinkwasser und Umwelt ab.
241 Angesichts der Größe der Herausforderungen ist es aber unerlässlich, dass wir die
242 verschiedenen Ansätze für negative Emissionen und ihre Einsatzpotenziale und Risiken
243 gründlich erforschen. Großmaßstäbliche Hochrisikotechnologien, die auf unabsehbare Weise in
244 Atmosphäre und Ökosysteme eingreifen, lehnen wir ab. Stattdessen müssen diese enormen
Gelder
245 in Technologien zur Einsparung von Treibhausgasen investiert werden. Dazu gehören zum
246 Beispiel das Aufforsten von Wäldern sowie das Pflanzen von Bäumen, denn Bäume speichern
CO₂,
247 produzieren Sauerstoff und sind daher eine wichtige Klimaschutzmaßnahme. Hierfür schlagen
248 wir ein EU-Förderprogramm vor.

249 Union für Energie- und Ressourceneffizienz

250 Wir wollen Investitionen in Erneuerbare, Energie- und Ressourceneffizienz fördern, die
251 Arbeitsplätze schaffen und die Kosten für die Verbraucher*innen reduzieren. Diese
252 Investitionen in der Industrie werden ausgelöst durch planbar steigende Preise für CO₂-
253 Emissionen. Je mehr Energie eingespart wird, desto günstiger wird Klimaschutz. Schlüssel für
254 weniger Energieverbrauch sind die Bereiche Planen, Bauen und Wohnen, der Umstieg auf eine
255 energieeffiziente Elektromobilität, Digitalisierung, effiziente Produktion und
256 energiesparende Produkte mit einer langen Lebensdauer. Wir wollen den Umstieg privater
257 Verbraucher*innen auf Geräte mit geringerem Energieverbrauch fördern sowie kleinen
258 Unternehmen eine günstigere Grundversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Die vom
EU-
259 Parlament und Rat geschaffene Ökodesign-Richtlinie legt für verschiedene Produktgruppen
260 ökologische Mindeststandards fest. Das ist richtig, reicht aber lange noch nicht aus. Wir
261 wollen für weitere Produkte ökologische Mindeststandards festlegen. So können wir
262 ökologische Innovationen, beispielsweise im Bereich Verkehr, fördern.

263 Wir möchten, dass jedes neue Gebäude in Europa energieeffizient ist und erneuerbare Energien
264 selbst erzeugt - zum Beispiel in Form von Solarstrom, Solarwärme, Erdwärme oder einer
265 Kombination daraus und erneuerbare Energien direkt oder über Wärmenetze nutzt. Bei
Neubauten

266 der öffentlichen Hand wie beispielsweise Schulen, Turnhallen, Verwaltungsgebäuden und
267 Schwimmbädern soll dies zur Pflicht werden. Die Begrünung von nicht zur Solarenergienutzung
268 geeigneten Dachflächen trägt zu einem gesunden Stadtklima bei.

269 Nachhaltigen Konsum ermöglichen

270 Um die Klimaziele zu erreichen, soll es leichter werden, nachhaltig zu leben. Von Flugreisen
271 bis zu Tierprodukten geht der überdurchschnittliche Konsum im westlichen Europa zu Lasten
272 des globalen Südens und zukünftiger Generationen. Wir wollen Anreize setzen, weniger zu
273 verbrauchen und zu konsumieren. Dafür wollen wir die Lebensdauer und Gewährleistungsfristen

274 von Gütern erhöhen, den Flächenverbrauch in Europa stoppen, pflanzliche Ernährung fördern.

275 Statt weiter wachsendem Flugverkehr wollen wir die Mobilität auf der Schiene stärken.

276 Initiativen zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft und der Sharing Economy unterstützen wir.

277 Wer GRÜN wählt, stimmt für

278 • einen europaweiten Ausstieg aus Kohle-, Atomstrom und weiteren fossilen Energieträgern
279 sowie einen deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien,

280 • ein Programm, das Arbeitnehmer*innen in Kohleausstiegsregionen unterstützt

281 • Investitionen in intelligente Stromnetze für erneuerbare Energien, einen
282 transeuropäischen Netzausbau und in Energiespeicher.

283 • einen wirksamen Preis für CO₂,

284 • einen Aktionsplan für klimaschonende Wärmeversorgung ,

285 **1.2 Europa verbinden mit grüner Mobilität**

286 Europa lebt vom grenzüberschreitenden Austausch. Reisen, leben, lieben und arbeiten jenseits
287 nationaler Grenzen ist selbstverständlich geworden. Europa braucht ein Verkehrssystem, das
288 den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein System, das unsere Lebensqualität
289 steigert. Steigende CO₂-Emissionen verschärfen die Klimakrise, Stickoxide sowie Feinstaub
290 und Ultrafeinstaub schädigen massiv die Gesundheit, und Staus auf zahlreichen Straßen rauben

291 uns die Zeit. Gleichzeitig fehlt in ländlichen Regionen ein flächendeckender Nahverkehr,
292 sind Züge unzuverlässig und Radwege oftmals in schlechtem Zustand. Das wollen wir ändern.

293 Wir möchten in Europa eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle nutzbar
294 ist und Umwelt und Gesundheit schützt. Europa muss das Zukunftsprojekt Mobilität gestalten.

295 Wir sind überzeugt, dass eine sozial und ökologisch verträgliche Mobilität mit modernsten
296 technischen Möglichkeiten realisierbar ist. Das bedeutet: mehr für Fuß- und Radverkehr,

297 weniger, aber dafür saubere und leise Autos, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote, weniger

298 Kurzstreckenflüge und eine bessere Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger in der Stadt

299 und auf dem Land. Der Straßenverkehr muss sicherer werden, wir treiben dafür die Entwicklung

300 und den Einsatz von Assistenzsystemen für PKW und LKW voran, die beispielsweise

301 Gefahrensituationen mit Fahrradfahrenden erkennen, warnen und etwa abbremsten. Mittelfristig

302 wollen wir autofreie Innenstädte schaffen. An der Lösung des Ultrafeinstaub-Problems im

303 Umfeld der Flughäfen muss intensiv gearbeitet werden.

304 Europa braucht einen Paradigmenwechsel bei den Investitionen in Straßen: Statt Milliarden in

305 den Neubau zu stecken, muss die bröckelnde öffentliche Infrastruktur dringend saniert

306 werden. Damit der Verkehrssektor jetzt seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet fordern wir
307 die Einführung eines CO₂-Preises auf alle fossilen Treibstoffe, damit aktuell saubere
308 Antriebe im Verhältnis günstiger werden. Auch die Produktion von Palmölkraftstoffen führt
309 durch die Rodung des Regenwaldes zu erheblichen Mengen CO₂. Die Beimischung dieser Stoffe
310 wollen wir beenden.

311 Einer der Hauptverursacher für Lärm ist der Verkehr, entsprechend gesundheitlich belastet
312 sind Anwohner*innen von lauten Straßen. Wir setzen uns für leise Mobilität ein und treten
313 für strengere Grenzwerte ein. Der Lärm aus absichtlich laut gestalteten Motorrädern und
314 Autos schwillt immer weiter an. Wir wollen die Normtests für Fahrzeuglärm der Realität
315 anpassen. Die EU-Lärmgrenzwerte sind in allen Betriebszuständen und allen Frequenzen
316 einzuhalten.

317 Auch den Fahrradverkehr und die Nutzung elektrisch unterstützter Pedelec-Fahrräder wollen
318 wir intensivieren und die Pedelecs versicherungsrechtlich mit Fahrrädern gleichgestellt
319 lassen. Die mittlerweile 15 europäischen Fernradwege, die Euro-Velo-Routen, wollen wir
320 ausbauen, um den grenzüberschreitenden Fahrradverkehr zu fördern.

321 Ein europäisches Schienennetz knüpfen

322 Um die grüne europäische Mobilität zu fördern, muss Europa auf der Schiene noch mehr
323 zusammenwachsen. Anstatt vorrangig milliardenschwere Großprojekte, wie Stuttgart 21, mit
324 wenig europäischem Nutzen zu finanzieren, müssen europäische Fördermittel gezielt für
325 bestehende und fehlende Abschnitte eingesetzt werden. Das europäische Eisenbahnnetz ist
326 immer ein Flickenteppich mit zahlreichen Lücken an den nationalen Grenzen. Das 2016 erstmals

327 aufgelegte europäische Lückenschlussprogramm ist ein grüner Erfolg, der deutliche
328 Verbesserungen schafft. Aber schon jetzt wird deutlich, dass die Nachfrage das Programm
329 überfordert. Deswegen fordern wir eine Verdoppelung der Mittel. Damit schaffen wir mit wenig
330 Aufwand einen besseren grenzüberschreitenden Schienenverkehr. Davon profitieren gerade die
331 Menschen, die alltäglich darauf angewiesen sind. Mobilität ist Grundlage für
332 gesellschaftliche Teilhabe. Die Infrastruktur muss in öffentlicher Hand bleiben. Nur so kann
333 ein gutes und attraktives Verkehrsangebot gesichert werden.

334 Während man in Europa relativ einfach mit dem Auto über Grenzen fährt, müssen im
335 Schienenverkehr oftmals Loks, Personal und Stromnetz gewechselt werden. Das kostet nicht nur

336 Zeit, sondern macht den Zugverkehr insgesamt unattraktiver. Deshalb müssen die
337 unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze europaweit vereinheitlicht werden. Ein
338 gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, von Ticketsystemen und
339 bis zu Sicherheitsstandards. Nur wenn die Kleinstaaterei aufhört, kann Europa mehr Personen-
340 und Güterverkehr auf die Schiene verlagern. Das schont das Klima und senkt die Belastung
341 durch Schadstoffe. Eine Akzeptanz in der Bevölkerung für mehr Güter auf der Schiene wird es
342 aber nur geben, wenn Güterzüge deutlich leiser werden. Dafür werden wir uns weiter
343 einsetzen. Wir brauchen massive Investitionen in transnationalen Güter- und Personenverkehr.
344 Wir setzen uns für die Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge zwischen allen Metropolen und
345 einen funktionierenden Pendelverkehr in Grenzregionen ein. Eine gemeinsame Finanzierung

bzw.

346 eine Fondslösung kann das unterstützen. Damit Europa über die große Distanz
zusammenwachsen

347 kann, müssen Züge auch für lange Strecken endlich eine ernstzunehmende Alternative zu Auto
348 und Flugzeug werden. Nur so wird es weniger Kurzstreckenflüge in Europa geben. Wir machen
349 uns für ein europäisches Hochgeschwindigkeitsbahnnetz stark, mit dem wir Athen und Helsinki,
350 Madrid und Budapest verbinden.

351 Weltmarktführer für saubere Mobilität

352 Um die Mobilität der Zukunft zu prägen, muss Europa den Wandel gemeinsam mit der
353 Fahrzeugindustrie anpacken. Neue Automobilhersteller, Mobilitätsdienstleister und
354 Digitalkonzerne aus den USA und China fordern die europäischen Hersteller heraus. Nur wer
355 die saubersten, bequemsten und intelligentesten Mobilitätslösungen anbietet, kann
356 internationaler Marktführer bleiben. Dabei geht es um unglaublich viel: Wertschöpfung,
357 Arbeitsplätze, Klima- und Gesundheitsschutz – um nur einige wenige Aspekte zu nennen.

358 Es sind vor allem die nationalen Regierungen und oft Deutschland, die in Brüssel die CO₂-
359 Grenzwerte für Autos verwässern, Diesel-Trickserien vertuschen und strengere Abgastests
360 blockieren. Gerade die Große Koalition hat damit der Automobilindustrie einen Bärendienst
361 erwiesen. Wir Grünen wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: weg vom fossilen
362 Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte europäische
363 CO₂-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur und eine EU-
364 weite Quote für abgasfreie Neuwagen, Ab 2030 dürfen nur noch abgasfreie Autos neu
zugelassen

365 werden. Verbindliche Zulassungsquoten sollen sicherstellen, dass auch LKW, Busse,
366 Baumaschinen, sonstige Nutzfahrzeuge, Traktoren, Schiffe, Hubschrauber und Flugzeuge nach
367 und nach auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Damit wir es schaffen im Sinne des
368 Pariser Klimaschutzabkommens, den Verkehr bis 2050 nahezu klimaneutral zu gestalten, sollen
369 rechtzeitig nur noch solche Fahr- und Flugzeuge neu zugelassen werden, die klimaneutral
370 angetrieben werden. Hintergrund ist die jahrzehntelange Lebenserwartung der fossil
371 angetriebenen Fortbewegungsmittel. Damit gehen wir den nötigen Schritt für die
372 Stabilisierung des Klimas, Gesundheitsschutz und innovative Arbeitsplätze.

373 Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und das Ende der Steuerprivilegien
374 bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die Batteriezellenproduktion sowie die Produktion von
375 Wasserstoffautos europäisch unterstützen, um beim sauberen Auto Wertschöpfung und
376 Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Die Förderung der Zellproduktion knüpfen wir an die
377 regionale Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom und sparsamen Umgang mit seltenen
Metallen,

378 damit das E-Auto eine wirklich ökologische Alternative wird. Beim ÖPNV wollen wir die
379 Elektromobilität voranbringen: Bahnstrecken müssen elektrifiziert und abgasfreie Busse
380 produziert werden. Auch die Entwicklung alternativer, sauberer Antriebe für den
381 Wirtschaftsverkehr in der Stadt und über Land wollen wir vorantreiben.

382 Ziel grüner Mobilitätspolitik ist es, dass Menschen schnell, sicher und emissionsfrei von A
383 nach B kommen. Das erhöht die Lebensqualität in der Stadt und auch auf dem Land. Mithilfe
384 digitaler Technik und kluger Stadtplanung werden Fahrrad- und Fußverkehre, Busse, Bahnen und

385 Autos mit Bike- und Carsharing vernetzt und gefördert. Hinzu kommen neue Entwicklungen wie
386 die intelligente Verkehrssteuerung und demnächst autonome Fahrzeuge, die unter den richtigen
387 Rahmenbedingungen mehr Klimaschutz, Sicherheit und Effizienz schaffen können. Wir wollen
die
388 digitalgestützte emissionsfreie Mobilität stärken und damit unsere Lebensqualität erhöhen.
389 Dazu wollen wir auf europäischer Ebene einen Förderwettbewerb für Städte und Regionen
390 starten, die gezielt den Autoverkehr verringern und dafür den öffentlichen Nah-, Rad- und
391 Fußverkehr ausbauen. Diese Modellgebiete können Vorbildcharakter für ganz Europa haben.

392 Umsteuern bei Flugverkehr und Schifffahrt

393 Auch den Flugverkehr und die Schifffahrt möchten wir auf einen nachhaltigen Kurs bringen.
394 Wir wollen, dass die EU sich auf internationaler Ebene für weitergehende Klimaziele für die
395 Schifffahrt und den Flugverkehr einsetzt. Wir setzen auf emissionsarme Kraftstoffe und eine
396 klimaneutrale Schifffahrt. Auch der Flugverkehr muss aufholen und seinen Beitrag für den
397 Klimaschutz leisten. Die Forschung und Erprobung alternativer Antriebstechniken wollen wir
398 fördern. Im Schifffahrtsbereich unterstützen wir zielgerichtete Maßnahmen, die zu weniger
399 Emissionen in den Häfen und auf den Weltmeeren führen. Wir setzen auf europaweit
400 verbindliche Vorgaben, wie z.B. weniger als 0,1% Schwefelanteil im Treibstoff oder eine
401 Verminderung von Stickstoffemissionen am Liegeplatz um 80%. Dafür brauchen wir eine
402 entsprechende Hafeninfrastruktur.

403 Neben Nord- und Ostsee sollen weitere EU-Gewässer wie das Mittelmeer als
404 Emissionssonderzonen ausgewiesen und die Nutzung von Schweröl soll generell verboten
werden.

405 Zur Erreichung sind eine ausgebaute LNG Tank-Infrastruktur sowie die Erforschung von
406 alternativen Antriebsstoffen erforderlich. Die Abhängigkeit von Schweröl und Schiffsdiesel
407 muss der Vergangenheit angehören. Speziell der Kreuzfahrtbereich muss sauberer werden und
408 sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Kulturgütern verpflichten.

409 Auch im Luftverkehr kommt es darauf an, faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen.
410 Internationale Flüge unterliegen keiner Mehrwertsteuer und Kerosin wird nicht besteuert. Das
411 wollen wir nicht zuletzt im Sinne der Gleichheit ändern. Zudem muss der internationale
412 Flugverkehr endlich in den europäischen Emissionshandel der EU einbezogen werden, um
seinen
413 Beitrag zum Schutz der Atmosphäre beizutragen. Weiterhin setzen wir uns für die Reduzierung
414 des Fluglärms ein. Die aktuellen Regelungen sollen so ausgestaltet werden, dass sie wirksam
415 zu Lärminderung führen.

416 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 417 • eine Europäische Verkehrswende mit Vorfahrt für umweltverträgliche und vernetzte
418 Mobilität,
- 419 • die Förderung sauberer Fahrzeuge und zukunftsfester Arbeitsplätze,
- 420 • eine Schifffahrt ohne Schweröl, dafür mit erneuerbaren Antrieben,
- 421 • einen Umstieg auf weniger, saubere und sicherere Autos,
- 422 • ein Ende der Steuerbefreiung für Kerosin.

423 1.3 Ressourcenschonende Wirtschaftsdynamik entfachen

424 Europa steht vor der Jahrhundertaufgabe, seine Wirtschaft ökologisch und sozial
425 umzugestalten. Unser Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das nicht auf Kosten von
426 Mensch und Umwelt geht und sich an den planetaren Grenzen orientiert. Dazu müssen unter
427 anderem die sozialen und ökologischen Kosten unserer Art zu wirtschaften und zu leben,
428 transparent gemacht und in die Preise integriert werden. Mögliche negative Auswirkungen auf
429 die Verteilungsgerechtigkeit müssen angemessen aufgefangen werden. Wir Grünen bleiben
430 dagegen hartnäckig, wenn es darum geht, der Wirtschaft einen ökologischen und sozialen
431 Rahmen zu setzen. Erst dieser Rahmen ermöglicht es der Wirtschaft, in einem fairen
432 Wettbewerb ihre Innovationskraft, ihre Ingenieurskunst und ihre technologischen Stärken
433 unter Beweis zu stellen. Das wollen wir unterstützen.

434 Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung ressourcenschonender und CO₂-armer
435 Innovationen. Dafür brauchen wir eine industriepolitische Strategie, die die europäische
436 Wirtschaft fit für die Zukunft macht und eine neue Wirtschaftsdynamik entfacht. So vereinen
437 wir eine hohe Lebensqualität und gute Jobs mit dem Erhalt unserer natürlichen
438 Lebensgrundlagen. Wir wollen einen Wettbewerb um die ökologischste Produktionsweise
439 entfachen. Die Ökodesign-Richtlinie muss Recycling und Ressourceneffizienz fördern und
440 fordern. Auch wollen wir erreichen, dass die jeweils ressourcenschonendste Produktionsweise
441 nach einiger Zeit zum Standard erklärt wird, den dann alle einhalten müssen. Die Ökodesign-
442 Richtlinie hat das Potenzial, 90 Milliarden Euro pro Jahr an Energie- und Materialkosten
443 einzusparen und 1 Million Jobs zu schaffen. Insgesamt können wir mit einer
444 ressourcenschonenden Wirtschaftsweise bis zu 2,8 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa
445 schaffen.

446 Wir verbrauchen die Ressourcen und Rohstoffe unseres Planeten in einem atemberaubenden
447 Tempo. Für nachhaltigen Wohlstand brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft, die wertvolle
448 Rohstoffe wiederverwertet. Deshalb muss die Förderung der europäischen Kreislaufwirtschaft
449 Zentralanliegen jeder ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik sein. Der Bauindustrie
450 kommt dabei große Bedeutung zu: So wollen wir - wo möglich - neue Gebäude aus
nachwachsenden

451 Baustoffen, wie z.B. Holz errichten. Bei Abrissen müssen die Baustoffe sortiert und recycelt
452 werden. Wir wollen eine echte Kreislaufwirtschaft etablieren, die auf Wiederverwendung und
453 stofflichem Recycling basiert. Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen.
454 Digitalplattformen können dabei vor allem mit Blick auf industrielle Sekundärrohstoffe eine
455 wichtige Rolle spielen. Europa muss darauf achten, dass etwa im Bereich von
456 Elektronikschrott nicht wertvolle Ressourcen rücksichtslos auf Müllkippen in der ganzen Welt
457 exportiert werden, während durch Hightech-Recycling der Rohstoffverbrauch reduziert und
458 Kosten für Unternehmen und für die Umwelt verringert werden können. Dem stetig steigenden
459 Ressourcenbedarf durch immer längere Transport- und Fertigungskosten gilt es
460 entgegenzutreten, indem Transport wie auch Produktion mit den wahren Umweltkosten belegt
461 werden. So fördern wir regionale, energieeffiziente Produktion. Besonderes Gewicht für die
462 Recyclingwirtschaft hat auch die EU-Plastikstrategie, deren Ziel es ist, die ständige
463 Vermehrung von Plastikmüll drastisch einzudämmen.

464 Regionale Wirtschaft stärken

465 Wir wollen die regionale Wirtschaft mit den vor Ort agierenden Unternehmen,
466 Wertschöpfungsketten und Produkten stärken. Denn gerade kleinere Betriebe wie die Bäckerei
467 oder die Gaststätte sind von fundamentaler Bedeutung für die Nahversorgung wie auch für den
468 sozialen Zusammenhalt. Doch diese kleinen häufig inhabergeführten Unternehmen sind heute
469 stark in ihrer Existenz bedroht, dabei wirtschaften sie oft nachhaltiger und
470 verantwortlicher. Denn ihre Prozesse sind regional und kurz und sie spüren die Auswirkungen
471 ihres Handelns stärker.

472 Wir wollen die regionale Infrastruktur der Nahversorgung erhalten und setzen auf klar
473 definierte regionale Kennzeichnungen und Förderkonzepte, auf praxisgerechte
474 Kleinerzeugerregelungen sowie, wenn möglich, auf Toleranz- und Bagatellgrenzen für kleine
475 Betriebe.

476 Geld nachhaltig anlegen und raus aus den Fossilen

477 Wir setzen uns dafür ein, Investitionen in fossile Brennstoffe zu stoppen – und sind damit
478 Teil der internationalen Divestment-Bewegung. Statt aus dem Raubbau an unserem Planeten
479 Profit zu ziehen, wollen wir in den Klimaschutz investieren. Das ist auch finanziell
480 sinnvoll, da die internationale Energiewende dazu führen wird, dass Investitionen in Kohle,
481 Öl und Gas mittelfristig abgeschrieben werden müssen. Grüne in Ländern und Kommunen
haben es

482 vorgemacht: Auf ihren Antrag hin werden die Kommunal- und Landesfinanzen nachhaltig
483 ausgerichtet. Jegliche Subventionen für die Kohle-Verstromung lehnen wir ab.

484 Die ökologische Modernisierung braucht massive Investitionen, die finanziert werden müssen.
485 Heute wird immer noch viel Kapital in alten fossilen Technologien angelegt. Das ist nicht
486 nur ein ökologisches Problem, sondern gefährdet auch die Stabilität der Finanzmärkte und die
487 Altersvorsorge der Menschen. Wir wollen Finanzmärkte, die nicht in die Vergangenheit,
488 sondern in die Zukunft investieren. Nachhaltige Kapitalanlagen sind dazu ein Wachstumsmarkt,
489 der den Finanzplatz Europa stabiler und zukunftsfähig macht.

490 Grüne Anleihen wollen wir europaweit stärken und eine einheitliche Klassifizierung schaffen.
491 Wir fordern eine Richtlinie für ökologische Transparenz am Finanzmarkt, damit Anleger
492 wissen, wie ökologisch ihre Geldanlage ist. Wir wollen ein europäisches „Green Finance
493 Label“ für Investitionen und Anlagen einführen, die die höchsten Nachhaltigkeitskriterien
494 erfüllen. Außerdem wollen wir ökologische, soziale, darunter auch gleichstellungspolitische,
495 Ziele in der Unternehmensberichterstattung verpflichtend machen und ein unabhängiges Siegel

496 für nachhaltige Geldanlagen einführen.

497 Der Staat ist selbst ein sehr großer Nachfrager von Gütern. Zukünftig wollen wir auch das
498 öffentliche Beschaffungswesen an verbindliche ökologische, soziale und Fairtrade-Kriterien
499 knüpfen. Damit schaffen wir einen gewaltigen Markt für Unternehmen, die ökologisch und
500 sozial wirtschaften. Staatliche Subventionen für klimaschädliches Wirtschaften wollen wir
501 abschaffen. Wir werden die Möglichkeit prüfen, neben sozialen auch ökologische Ziele bei der
502 Mehrwertsteuer zu berücksichtigen, wie zum Beispiel vom EU-Parlament und wiederholt vom
503 Umweltbundesamt empfohlen.

504 Wir wollen die Mittel des Zukunftsfonds im EU-Haushalt für die soziale und ökologische
505 Modernisierung der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur nutzen und vor allem kleinen
506 und mittleren Unternehmen sowie dem Handwerk den Zugang zu EU-Förderprogrammen für

energie-

507 und ressourceneffiziente Produktion erleichtern.

508 Wirtschaftspolitik richtet sich oft nur an profitorientierten Unternehmen aus. Chancen
509 bieten insbesondere Genossenschaften und soziale Unternehmen. Wir wollen eine Strategie der
510 EU zur Förderung der Gemeinwohlökonomie. Sie soll künftig in die
511 Unternehmensberichterstattung und in EU-Förderprogramme integriert werden. Unternehmen
mit
512 Gemeinwohlorientierung sollen durch eine anerkannte Kennzeichnung gestärkt und bei
513 öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.

514 Der Wachstumsmaßstab Bruttoinlandsprodukt (BIP) muss durch ein grünes BIP ersetzt werden,
515 das die Bewertung einer gesunden Umwelt und zufriedenen Gesellschaft sowie die
516 demokratischen und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen der Wirtschaft beinhaltet.

517 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 518 • das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment),
- 519 • ökologisch transparente Geldanlagen,
- 520 • eine Stärkung der Gemeinwohlökonomie,
- 521 • eine weitreichende Ökodesign-Richtlinie für eine ressourcenschonende Wirtschaftsweise
522 in ganz Europa.

523 **1.4 Natur und Umwelt schützen**

524 Sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Böden und intakte Landschaften bilden unsere
525 Lebensgrundlagen. Aber diese sind bedroht. Der ehemals große Reichtum an Tieren, Pflanzen
526 und Lebensräumen schwindet täglich. Lebensräume gehen verloren, Arten sterben aus. Auf den

527 Wiesen und in den Wäldern wird es stiller, es brummt, summt und zwitschert immer weniger:
528 Die Vogelpopulation in Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren halbiert, die Anzahl
529 von Insekten ist seit 1989 um bis zu 80 % zurückgegangen. Rund ein Drittel der bei uns
530 heimischen Arten sind bedroht, darunter viele Bienen. Diese sind jedoch essentiell für die
531 gesamte Landwirtschaft. Ihr Fehlen bedeutet daher auch einen großen volkswirtschaftlichen
532 Schaden. Auch in anderen europäischen Ländern sieht die Situation nicht viel besser aus.

533 Wir setzen unsere ganze Kraft dafür ein, den negativen Trend beim Artensterben zu stoppen.
534 Wir wollen eine artenreiche und intakte Natur erhalten und dort wiederherstellen, wo sie
535 bereits Schaden genommen hat. Das bedeutet auch, dass wir Natura-2000-Gebiete verteidigen,

536 verbessern und Schutzgebiete wo möglich vergrößern. Wir wollen, dass Großschutzgebiete
537 besser geschützt und entwickelt werden. Dazu gehören insbesondere Nationalparks,
538 Biosphärenreservate und auch Naturparks. Wir begrüßen die Rückkehr von Luchs und Wolf, den
539 besonderen Schutzstatus dieser Arten wollen wir erhalten. Ein gutes Wolfsmanagement mit
540 Programmen zum Wildtiermonitoring und zur Vermeidung von Mensch-Wildtierkonflikten werden

541 wir fördern.

542 Die EU, und damit ihre Mitgliedstaaten, hat sich im Rahmen der Vereinten Nationen
543 verpflichtet, den Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume bis 2020

544 aufzuhalten, und wird diese Ziele voraussichtlich deutlich verfehlen. Wir fordern daher,
545 umgehend eine ambitionierte Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt für den Zeitraum
546 nach 2020 und ein Nachfolgeprogramm für das 7. Umweltaktionsprogramm zu erarbeiten. Die
547 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir darin als neue Leitprinzipien
548 verankern. Der Schutz und die Bereitstellung globaler Gemeingüter erfordert multilaterale
549 Kooperation und angemessene Lastenteilung nach dem Prinzip der "gemeinsamen, aber
550 unterschiedlichen Verantwortung". Beispiel nehmend am Pariser Klimaschutzabkommen streben

551 wir globale Vereinbarungen mit vergleichbarem Konkretisierungsgrad zum Erhalt der
552 Biodiversität und für den Meeresschutz an.

553 In den letzten Jahren war es immer wieder die Europäische Union, die im Bereich der Umwelt-
554 und Naturschutzgesetzgebung Druck gemacht hat. Und es waren die nationalen Regierungen,
555 die
556 sie verwässert oder nicht erfüllt haben. Dann sanktioniert die EU: Um einen der letzten
557 intakten Urwälder in Europa zu retten, hat der Europäische Gerichtshof die polnische
558 Regierung durch Androhung von Strafzahlungen gezwungen, die Abholzung des Białowieża-
559 Waldes
558 zu stoppen. Ebenso hat die EU Deutschland aufgrund der zu hohen Nitratwerte in unserem
559 Wasser verurteilt.

560 Die gute gesetzliche Grundlage beim europäischen Umwelt- und Naturschutz muss von der EU-
561 Kommission und den Mitgliedstaaten umfassend umgesetzt werden. Hierzu sind auf allen
562 Ebenen
563 personelle und finanzielle Kapazitäten zu schaffen. Außerdem muss die EU-Kommission ihre
564 Rolle als Hüterin der Verträge und des EU-Rechts ernst nehmen und hierfür Verstöße gegen das
565 europäische Umweltrecht konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren ahnden.

565 Umweltschädliche Subventionen und umweltschädliche Im- und Exporte wollen wir abbauen
566 und
567 damit nachhaltige Produkte und Produktionsverfahren fördern. Außerdem wollen wir
568 transeuropäische grüne Korridore für Biotop vorantreiben und den Naturschutz besser
569 finanzieren. Um Lebensgrundlagen in der EU zu erhalten, braucht es eine intakte Natur. Dafür
570 fördern wir mehr Wildnisflächen: Möglichst bis 2030 wollen wir die Wildnisflächen in der
571 Europäischen Union verdoppeln. Dafür muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und
572 sein

571 beschlossenes Ziel von 2 % Wildnis bis 2020 umsetzen. Doch all das bringt uns nur voran,
572 wenn wir das mit einer Agrarwende, weniger Pestiziden und Dünger auf den Feldern, mehr
573 agrarstrukturellen Elementen wie Hecken, Randstreifen oder Blühflächen und mehr
574 ökologischem

574 Landbau verbinden. Eine artenreiche Landschaft ist nur mit einer vielfältig strukturierten
575 Landwirtschaft zu erreichen.

576 Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht schaffen, mit
577 dem Verstöße gegen Umwelt- und Tierschutzgesetze geahndet werden können. Nur so kann der

578 Umwelt- und Tierschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt werden. Hierzu
579 wollen wir den Anwendungsbereich des Vorschlags der EU-Kommission über eine Verbandsklage
im

580 Verbraucherrecht entsprechend ausweiten. Wir wollen die Entscheidungsprozesse
581 demokratisieren, indem wir die Bürgerbeteiligung stärken und Lobbyismus regulieren.

582 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 583 • den Schutz einzigartiger Kulturlandschaften und Urwälder ,
- 584 • grenzüberschreitende Biotope,
- 585 • eine bessere Naturschutzfinanzierung,
- 586 • ein Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzorganisationen

587 **1.5 Die Landwirtschaft so verändern, dass sie unsere Lebensgrundlagen bewahrt**

588 Wir streiten und werben für eine vielfältige, nachhaltige, regional verankerte, bäuerliche
589 Landwirtschaft, die Natur und Tiere schont und gesundes Essen für uns alle erzeugt. Wir
590 wollen eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer europäischen Agrar- und
591 Ernährungspolitik, die im Einklang ist mit den Zielen der EU in der Klima-, Umwelt-,
592 Verbraucher- und Entwicklungspolitik. Zudem möchten wir die vielfältigen Kulturlandschaften
593 in Europa und lebendige ländliche Räume mit zukunftsfesten Betrieben erhalten und das
594 Höfesterben stoppen. Deswegen streiten wir für die europäische Agrarwende: für den Aufbau
595 einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion, die sowohl eine gesunde Ernährung sichert als
596 auch hohen Umwelt- und Tierschutzstandards genügt, faire Preise für die Landwirt*innen
597 erzielt und eine vielfältige Agrarstruktur fördert.

598 Wir brauchen eine ganzheitliche Strategie für eine Ernährungswende. Wir wollen ein Umfeld
599 schaffen, in dem es leicht ist, sich gesund zu ernähren. Verbraucher*innen haben das Recht
600 zu wissen, was drin ist. Sie wollen gutes Essen ohne Gentechnik, Antibiotikarückstände und
601 Geschmacksverstärker. Deshalb fordern wir eine leicht verständliche Nährwertampel, eine
602 Reduktion von Zucker, Salz und Fett in hochverarbeiteten Lebensmitteln und eine
603 obligatorische Tierhaltungs- und Gentechnikkennzeichnung. Wir setzen uns für eine nachhaltige
604 Ernährung ein, die gut für die Verbraucher*innen ist und bei der Stadt und Land gemeinsam
605 Umwelt, Klima, Tiere und Böden schützen.

606 Wir setzen uns außerdem gegen Lebensmittelverschwendung ein: Wie schon in Frankreich
607 praktiziert müssen Supermärkte mit einer Größe von mehr als 400 Quadratmetern ihre nicht
608 verkauften Lebensmittel entweder an karitative Einrichtungen spenden, in dafür
609 eingerichteten Regalen kennzeichnen und kostenlos abgeben oder als Tierfutter bzw. Kompost
610 recyceln. Bis dahin entkriminalisieren wir das Containern. Mit Förderprogrammen für
611 Foodsharing und dem Ersatz des Mindesthaltbarkeitsdatums durch ein Verzehrdatum erhöhen
wir
612 die Verwertbarkeit von Lebensmitteln.

613 Zusammen mit Landwirt*innen und Umweltverbänden haben wir schon viel erreicht: Immer
mehr

614 Verbraucher*innen in der EU wollen gesunde, ökologisch und regional produzierte
615 Lebensmittel. Daher ist Bio-Landbau längst ein fester Bestandteil der europäischen
616 Landwirtschaft geworden. Genauso setzen sich immer mehr Menschen in der EU mit uns für
eine
617 bessere Tierhaltung und mehr Umweltschutz in der Landwirtschaft ein, wie zuletzt die
618 europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat gezeigt hat. Doch der Handlungsdruck bleibt

619 groß. Unser mittelfristiges Ziel muss sein, die Landwirtschaft in der EU nach ökologischen
620 Kriterien auszurichten, ähnlich wie das EU-Bio-Siegel sie gegenwärtig schon vorsieht.

621 Durch intensive Landwirtschaft und Monokulturen gehen noch immer europaweit fruchtbare
Böden
622 verloren, das Artensterben geht ungebremst weiter, der Pestizideinsatz ist ungemindert hoch
623 und industrielle Tierhaltung degradiert Tiere zu Rohstoffen. Die Landwirtschaft, eine der
624 Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist selbst für einen nicht geringen Anteil des Ausstoßes
625 klimaschädlicher Gase und damit mit für die Erderhitzung verantwortlich.

626 Es ist höchste Zeit, eine Agrar- und Ernährungspolitik zu entwickeln, die die Landwirtschaft
627 in der EU zukunftsfähig macht. Der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und Tieren
628 steht im Mittelpunkt dieser neuen Landwirtschaftspolitik. Die Agrarpolitik sollte dazu
629 beitragen, dass die Konsum- und Produktionsstrukturen in Europa nicht die natürlichen
630 Ressourcen und die Lebensgrundlagen bei uns in Europa und in sich entwickelnden Ländern
631 zerstören, indem EU-Agrarprodukte zu Dumpingpreisen die Märkte Afrikas, Asiens und
632 Lateinamerikas überfluten. Vielmehr muss sie dazu beitragen, dass die bäuerliche
633 Landwirtschaft weltweit erhalten wird und die nachhaltigen Entwicklungsziele erreicht
634 werden.

635 Qualität statt Masse – Neuausrichtung der Agrarförderung

636 Um die europäische Landwirtschaft an die gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen,
637 muss sich vor allem die Ausgestaltung der aktuellen EU-Agrarförderpolitik grundlegend
638 ändern. Immer noch kommt der größte Teil der bisher knapp 60 Milliarden Euro, mit denen die
639 Landwirtschaft jährlich subventioniert wird, insbesondere großen Betrieben zugute und
640 fördert so Umweltzerstörung, Industrialisierung, Höfesterben und Exportorientierung. Die
641 Mittel belohnen zudem pauschal Bodenbesitz.

642 Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dagegen soll ausschließlich die über gesetzliche
643 Standards hinausgehenden Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte für das Gemeinwohl
644 fördern und ihnen so Alternativen zum Prinzip „wachse oder weiche“ eröffnen. Öffentliche
645 Mittel müssen für eine echte Transformation hin zu einer für Mensch, Natur und Umwelt
646 nachhaltigen Landwirtschaft verwendet werden. Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft,
647 eine natur- und artgerechte Landwirtschaft wie auch eine artgerechte und flächengebundene
648 Tierhaltung werden dann gezielt unterstützt. Gleiches gilt beispielsweise für Betriebe, die
649 weniger oder gar keine Pestizide einsetzen oder Naturschutzmaßnahmen durchführen. Die
bisher

650 überwiegend an der Fläche anknüpfende Förderung, die vor allem industriell wirtschaftenden
651 Betrieben zu Gute kommt, soll abgeschafft werden. Nur mit dem Prinzip „öffentliches Geld für
652 öffentliche Leistung“ lassen sich die hohen Agrar-Zahlungen noch rechtfertigen.

653 Die Vorgaben für diese Leistungen müssen auf EU-Ebene definiert werden, damit die
654 Mitgliedstaaten nicht um den niedrigsten Standard konkurrieren. Voraussetzung für jedwede
655 Förderung ist das Einhalten von Umwelt- und Sozialstandards, die ebenfalls für alle
656 Mitgliedstaaten auf EU-Ebene festgelegt werden müssen. Im Rahmen der GAP fordern wir einen
657 Naturschutzfonds von 15 Milliarden Euro jährlich für Naturschutzmaßnahmen in der
658 Agrarlandschaft.

659 Die EU muss zum Ziel haben, Kleinbäuer*innen in ärmeren Ländern dabei zu unterstützen, mit
660 agrarökologischen Methoden Lebensmittel für lokale und regionale Märkte herzustellen und so

661 zur Ernährungssicherheit und -souveränität beizutragen. Gleichzeitig müssen die Länder auch
662 stärker beim Aufbau von Wertschöpfungsketten unterstützt werden. Wir wollen ein Monitoring
663 der externen Auswirkungen der GAP einführen.

664 Auch die Übermacht des Einzelhandels trägt dazu bei, dass Landwirtinnen und Landwirte in
665 Europa in einen brutalen Wettbewerb sowie Kleinsterzeuger*innen wie etwa in Afrika und
666 Lateinamerika in den Ruin getrieben werden. Umwelt, Menschen und Tiere bleiben langfristig
667 auf der Strecke. Der Einzelhandel kann und muss einen großen Beitrag zur Agrarwende leisten.
668 Daher wollen wir auch marktregulierende Mechanismen prüfen, um die Preise zu stabilisieren.
669 Wir fordern europaweite Regelungen, um Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

670 Landspekulationen und Aufkauf von Land eindämmen

671 Das bisher hauptsächlich in Entwicklungsländern um sich greifende Landgrabbing wird
672 zunehmend auch in Europa zum Problem. Privatpersonen und Großinvestoren entdecken
Ackerland

673 als sichere Kapitalanlage. Für die ländlichen Regionen hat das fatale Auswirkungen: Für
674 bestehende bäuerliche Betriebe oder Existenzgründer*innen ist es kaum noch möglich, zu
675 fairen Preisen Land zu erwerben oder zu pachten.

676 Bäuerliche Betriebe sollen vor Agrarkonzernen und Bodenspekulation geschützt werden, etwa
677 durch verpflichtende Obergrenzen für Agrarzahungen pro Nutznießer (und nicht nur pro
678 Tochterunternehmen), mehr Geld für die ersten Hektare, um kleine und mittlere Betriebe zu
679 unterstützen, Einstiegserleichterungen für Neugründungen, Transparenz der
680 Eigentumsverhältnisse, Monitoring der Preise und des Zustands des Bodens durch eine
681 europäische Beobachtungsstelle. Landwirtschaftlicher Boden muss vor Spekulationen geschützt
682 werden.

683 Antibiotikaresistente Bakterien aus landwirtschaftlicher Tierhaltung können beim Menschen zu
684 Infektionen und Todesfällen führen. Wir setzen uns für eine antibiotikafreie Tierhaltung
685 ein. Damit stärken wir die menschliche Gesundheit, sorgen für eine tiergerechte Haltung und
686 senken den Nitratgehalt in den Gewässern.

687 Trinkwasser und Gewässer schützen

688 Wasser ist ein kostbares Gut, das geschützt werden muss. Der Zugang zu sauberem Wasser ist
689 ein Menschenrecht. Doch fast 2 Millionen Menschen in Europa haben keinen ordentlichen
Zugang

690 zu Trinkwasser oder sanitärer Versorgung. Die Erderhitzung verschärft diese Situation. In
691 südlichen Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland wird Wasser bereits zu einem immer
692 knapperen Gut. Unsere Art zu konsumieren und zu wirtschaften verschwendet und verschmutzt
693 Wasser zu leichtfertig. Um das Menschenrecht auf Wasser in der EU zu verankern, gründete
694 sich 2012 die Europäische Bürgerinitiative Right2Water, die wir von Anfang an unterstützt
695 haben. Knapp 1,7 Millionen Europäerinnen und Europäer aus 13 EU-Mitgliedstaaten trugen diese

696 erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative. Wir werden uns weiterhin jedem Versuch
697 entgegenstellen, die öffentliche Wasserversorgung zum Investitionsobjekt für internationale
698 Unternehmen zu machen.

699 Unser Leitbild sind lebendige Flüsse und Seen in Europa, die in einem guten ökologischen
700 Zustand sind. Gesunde Gewässer sind besonders wertvolle Ökosysteme, denn sie garantieren

701 Artenreichtum. Doch davon sind wir in vielen Teilen der Europäischen Union noch meilenweit
702 entfernt. Deshalb setzen wir uns vehement für eine ambitionierte Umsetzung der
703 Wasserrahmenrichtlinie ein und werden diese durch entsprechende Leitfäden konkretisieren.
704 Außerdem wollen wir den Antibiotikaeinsatz, eine Gülleüberproduktion und den Einsatz
705 Pestizide weiter zurückdrängen.

706 Insekten- und Vogelsterben aufhalten – Glyphosat vom Acker!

707 Die industrielle Landwirtschaft ist eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige
708 Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung, Monokulturen,
709 intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren.

710 Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir die
711 giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonikotinoide, denn sie schaden
712 unseren Insekten und Bienen massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen wir uns
713 weiterhin mit aller Kraft ein – und machen Druck auf die Bundesregierung, die schon einmal
714 auf EU-Ebene für die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung gestimmt hat. Die
715 Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten Vorsorgeprinzips
716 reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen. Es braucht
717 dringend eine unabhängige Risikobewertung sowie strenge Kontrollmechanismen.

718 Als weitere Maßnahme gegen das Insekten- und Vogelsterben fordern wir die Schaffung von
719 ökologischen Vorrangflächen, wie z.B. Blühstreifen, Hecken, Feldlerchenfenster,
720 Extensivgrünland oder Streuobstwiesen auf jedem landwirtschaftlichen Betrieb.

721 Landwirtschaftliche Ökosysteme stärken!

722 Eine andere Landwirtschaft bedeutet auch anders anzubauen – gerade im Lichte der
723 Klimaauswirkungen. Das Potenzial verschiedenster Anbaumethoden, robuste landwirtschaftliche

724 Ökosysteme zu bilden – über Push-and-Pull-Techniken und Permakultur bis zu Agroforstsystemen

725 –, ist riesig, ebenso wie das Potenzial ökologischer Anbautechniken, widerstandsfähig
726 gegenüber Krankheiten, Trockenheit, Versalzung, Vernässung zu sein. Dieses Potenzial ist
727 aber in Europa nur in Ansätzen erforscht. Wir fordern daher eine deutlich stärkere
728 Forschungsförderung in diesem Bereich. Denn aktuell werden agrarökologische Methoden – zu
729 denen auch der zertifizierte Ökolandbau gehört – in Europa und weltweit nur mit einem
730 Bruchteil der finanziellen Mittel erforscht und weiterentwickelt, die konventionelle und
731 gentechnische Ansätze erhalten. Wir setzen uns auch für den Erhalt wertvoller
732 Kulturlandschaften ein, beispielsweise der Streuobstbestände.

733 Wir Grünen lehnen seit vielen Jahren – anders als Gentechnik teilweise im medizinischen
734 Bereich und bei der industriellen Produktion – den Einsatz von Gentechnik in der
735 Landwirtschaft ab. So, wie Gentechnik in der Landwirtschaft stattfindet, trägt sie zum
736 Ausbau der Monopole großer Agrarkonzerne bei und führt zu einem Verlust an Biodiversität und
737 landwirtschaftlicher Vielfalt. Die großen Probleme, die Länder wie die USA oder Argentinien
738 als Folge des Einsatzes von Gentechnik haben – wie ein massiver Einsatz von Totalherbiziden
739 wie Glyphosat, Superunkräuter, Gefährdung landwirtschaftlicher Vielfalt, die große
740 Monopolmacht der Agrarkonzerne sowie die eingeschränkte Verbraucherefreiheit –,
741 unterstreichen, wie wichtig diese Ablehnung war und ist. Dass Europas Äcker heute weitgehend

742 frei von Gentechnik sind, ist ein Erfolg der Bewegung und der Verbraucher*innen gegen
743 Gentechnik.

744 Daher ist es essenziell, dass das Vorsorgeprinzip im Zulassungsverfahren entsprechend der
745 Entscheidung des EuGH auch gegenüber neuen Verfahren in der Gentechnik europaweit
angewandt

746 wird. Auch die neue Gentechnik unterliegt einer strengen Regulierung und
747 Kennzeichnungspflicht. Die Menschen in Europa wollen mehrheitlich keine Gentechnik auf dem
748 Acker und dem Teller – wir setzen uns dafür ein, dass die Wahlfreiheit für Verbraucher*innen
749 und Landwirt*innen auch gegenüber neuen gentechnischen Verfahren gewährleistet wird. Weil
750 gentechnische Veränderungen nicht rückholbar sind, muss sichergestellt werden, dass keine
751 Organismen freigesetzt werden, die Schaden anrichten können. Die Zulassungsverfahren durch
752 die EFSA müssen transparent und unabhängig vom Einfluss der Agrarkonzerne durchgeführt
753 werden. Zugleich muss der Fokus auf Umweltgefahren ausgebaut und mehr Geld in öffentliche
754 Forschung investiert werden.

755 Der Einsatz von Gentechnik ist aber nicht nur eine Frage der gesetzlichen Zulassung, sondern
756 vielmehr eine Frage der Ethik und der gesellschaftlichen Akzeptanz. Deshalb muss der weitere
757 Umgang mit neuen gentechnischen Verfahren breit gesellschaftlich diskutiert werden. In
758 diesem Zusammenhang halten wir es auch grundsätzlich für höchst problematisch, dass bei der

759 finalen Zulassung einzelner Konstrukte der Kommission und die Mitgliedstaaten im Ständigen
760 Ausschuss ohne das Europäische Parlament entscheiden. Das können wir so nicht akzeptieren.
761 Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass das Parlament bei dieser Entscheidung
angemessen

762 beteiligt und gehört wird.

763 Eine klare Kennzeichnung von Gentechnik ist zentral. Auch Produkte von Tieren, die mit
764 gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, müssen als solche gekennzeichnet
765 werden. Für den Schutz des gentechnikfreien konventionellen und ökologischen Landbaus ist
766 ein Standortregister nach wie vor unverzichtbar. Die Regelungen zur gesamtschuldnerischen
767 Haftung sind entsprechend so zu gestalten, dass Mehrkosten und Aufwand, der für den
768 gentechnikfreien Landbau entsteht, den Nutzern von Sorten, die mit neuer Gentechnik
769 hergestellt wurden, angerechnet werden.

770 Keine Patente auf Saatgut, Pflanzen und Leben – Klonen, nein danke!

771 Die Patentierbarkeit von Saatgut und neuen Züchtungen sehen wir kritisch. Sie führt zu immer
772 größeren Monopolen der Agrarkonzerne. Landwirte werden damit abhängig gemacht, gerade in
den

773 Entwicklungsländern mit fatalen Folgen. Problematisch ist zudem, dass Pestizide bei
774 gentechnisch veränderten Pflanzen häufig eingesetzt werden und die Wahlfreiheit der
775 Verbraucher*innen unterlaufen wird.

776 Der entscheidende Kampf ist daher der um ein Verbot von Patenten auf Saatgut und Leben
777 insgesamt. Züchtung muss, wie seit Jahrtausenden, ein Open-Source-System bleiben. Das Recht

778 auf Nahrung ist ein Menschenrecht und damit darf es keine Patente auf Pflanzen und auf Tiere
779 geben. Aus Tierschutzgründen lehnen wir den Einsatz des Klonens in der Landwirtschaft ab.

780 Wir wollen die Rechte der Kleinbäuer*innen weltweit auf freien Austausch und kostenlose
781 Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen wir den Auf- und Ausbau lokaler
782 Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt erhalten und
783 zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger Baustein, um das Recht auf Nahrung zu
784 verwirklichen und die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu
785 machen.

786 Die zunehmende Konzernmacht zementiert das agrarindustrielle System und arbeitet gegen die
787 dringend notwendige Agrarwende. Die Reform der Wettbewerbsregeln ist der Schlüssel zur
788 Bewältigung der Machtkonzentration im Agrarsystem. Bei zukünftigen Fusionen müssen auch
789 die
789 Auswirkungen auf Umwelt, Artenvielfalt, Gesundheit und Ernährung sowie für die betroffenen
790 Bäuer*innen geprüft werden.

791 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 792 • eine Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik an ökologischen Kriterien,
- 793 • sauberes Wasser in ganz Europa,
- 794 • ein Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden,
- 795 • konsequente Regulierung und Transparenz bei Gentechnik,
- 796 • ein Verbot von Patenten auf Saatgut, Pflanzen und Tiere.

797 **1.6 Tierschutz stärken**

798 Gerade angesichts der Klimakrise brauchen wir eine Abkehr von den großen Tierbeständen.
799 Neben den ökologischen Problemen wird schlicht die Futtergrundlage zu knapp, wenn wir nicht
800 alle Ziele der Welternährung und des Naturschutzes über Bord werfen wollen. Deshalb sollten
801 alle Förderungen daran gekoppelt werden, dass die Anzahl der Tiere pro Fläche begrenzt wird.
802 Ein Betrieb sollte also nur so viele Tiere haben, wie er mit dem Ertrag seiner Flächen
803 grundsätzlich ernähren kann. Wir wollen eine kreislaufbasierte Landwirtschaft, die
804 überwiegend regional verortet ist, anstatt das Futter aus Übersee zu beziehen.

805 Wir halten Tiere in sehr großer Zahl, um sie zu töten und zu essen. Daraus ergibt sich eine
806 ethische Verpflichtung. Viel zu häufig konkurrieren die EU-Länder um die niedrigsten Preise
807 und reduzieren so die Tierschutzstandards. Wir wollen hingegen, dass die EU alle Tiere durch
808 neue Gesetzgebung und ordnungsgemäße Durchführung bestehender Regelungen schützt. Wir
809 wollen

809 den Tierschutz bei Zucht, Haltung, Transport und Schlachtung innerhalb von zehn Jahren durch
810 ordnungsrechtliche Vorgaben erheblich verbessern, sodass Tierhaltung an den Bedürfnissen der
811 Tiere orientiert ist. Tierprodukte, die den EU-Tierschutzstandards nicht entsprechen, sollen
812 nicht mehr in die EU importiert werden. Zudem sollte eine pflanzliche Ernährung u.a. durch
813 Aufklärungsarbeit und gezielte Angebote gefördert werden.

814 Je weniger Tiertransporte, desto besser für die Tiere. Falls Transporte nicht vermieden
815 werden können, müssen sie so unstrapaziös wie möglich sein. Daher fordern wir, dass Tiere
816 verpflichtend zu einem nahe gelegenen Schlachthof gebracht werden müssen – statt zu dem,
817 der

817 am billigsten arbeitet – und wollen deshalb Tiertransporte auf maximal vier Stunden

818 begrenzen. Wir wollen regionale Schlachtstätten und mobile Schlachteinrichtungen fördern
819 sowie regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufbauen, um eine Infrastruktur
820 für regionale, tierschutzkonforme Schlachtung zu schaffen. Hierzu gehört auch, Schlachthöfe
821 unter Wahrung des Beschäftigtendatenschutzes durch Videokameras besser zu überwachen.
Dabei
822 aufgedeckte Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen konsequent, hart und sofort
geahndet
823 werden.

824 Tierschutz darf nicht an nationalen Grenzen enden. Tiertransporte für Zucht, Schlachtung,
825 Tierversuche und Heimtierhaltung müssen europaweit kontrollierbar sein. Das geltende Recht
826 muss umgesetzt werden. Wir wollen den Tierschutzvollzug auch auf europäischer Ebene
stärken.
827 Verstöße gegen das Tierschutzgesetz müssen konsequent erfasst und geahndet werden.

828 Exporte lebender Schlachttiere sowie Mast- und Zuchttiere in Länder außerhalb der EU sowie
829 jede Form von Klonen und Qualzucht wollen wir verbieten. Anstelle dessen sollen Samen und
830 Fleisch transportiert werden. Wir wollen dafür sorgen, dass Tiere in der EU nicht
831 betäubungslos kastriert werden dürfen und solche Tiere auch nicht mehr in den EU-Binnenmarkt

832 eingeführt werden.

833 Das Verbot von Tierversuchen in der Kosmetik muss konsequent umgesetzt und auf weitere
834 Produkte und andere Bereiche, wie z. B. die Chemikalienprüfung, ausgeweitet werden.
835 Zusätzlich benötigen wir eine verbindliche Ausstiegsstrategie aus den Tierversuchen sowie
836 eine verstärkte Förderung für die Erforschung von Alternativen. Bestehende Alternativen sind
837 anzuwenden. Auch Haus- und Straßentiere müssen in Europa ein würdiges Leben haben. Wir
838 fordern ein Ende der Tötung von streunenden Katzen und Hunden. Stattdessen müssen
839 öffentliche und private Maßnahmen der Geburtenkontrolle, etwa die Kastration, gestärkt
840 werden. Auch eine verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung von Hunden und Katzen
841 wollen wir einführen.

842 Wildtiere, ihre Habitate und Zuggebiete wollen wir besonders schützen. Hierfür sind
843 internationale Arten- und Naturschutzabkommen konsequent umzusetzen. Wir wollen illegalen
844 Wildtierhandel in Europa bekämpfen und den Import von Wildtieren und -pflanzen in die EU
845 besser regulieren. So wollen wir die Instrumente internationaler Artenschutzabkommen (z. B.
846 CITES) stärken und zielgerichteter sowie schneller anwenden. Für Arten, die selbst in
847 zoologischen Gärten nicht art- und anspruchsgemäß gehalten werden können, wollen wir den
848 Import beenden, internationale Arterhaltungszuchtprogramme jedoch ermöglichen.

849 Fischbestände schützen

850 Wir machen uns stark für eine nachhaltige EU-Fischereipolitik und für ein Netzwerk von gut
851 überwachten Meeresschutzgebieten in ganz Europa. Unsere Meere müssen geschützt und die
852 Überfischung muss gestoppt werden. Nur die nachhaltige Bewirtschaftung von Fischbeständen
853 gibt der Fischerei eine Zukunft. Um der katastrophalen Plünderung der Meere und der
854 Fischbestände Einhalt zu gebieten, reichen kosmetische Korrekturen der EU-Fischereipolitik
855 nicht aus. Fangquoten müssen verbindlich an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet
856 werden, statt rein politisch festgelegt zu werden. Wir wollen die schädlichen Fischerei-
857 Subventionen beenden und fordern wirksame, lückenlose Fischereikontrollen sowie scharfe

858 Sanktionen beispielsweise bei Verstößen gegen die Anlandepflicht für Beifang. Die
859 Tiefseefischerei und besonders umweltschädliche Fangmethoden wollen wir gänzlich verbieten.
860 Ein Leerfischen der Meere für unseren Konsum lehnen wir ab. Wie wollen Alternativen zur
861 Stellnetz- und Schleppnetzfisherei voran bringen, um die Umwelt- und Tierschutzschäden zu
862 minimieren. Diese können ökologische Aquakulturen sein, technische Verbesserungen, die
863 Beifänge minimieren oder alternative Fangmethoden. Funktionierende Alternativen wollen wir
864 zum europäischen Standard erklären.

865 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 866 • ambitionierten Tierschutz von der Landwirtschaft bis zu Heimtieren,
- 867 • eine Ausstiegsstrategie für das Ende von Tierversuchen,
- 868 • eine EU-Fischereipolitik, die unsere Fischbestände erhält.

869 **1.7 Europa vom Plastikmüll befreien**

870 Unser Ziel ist ein Europa ohne Plastikmüll, mit sauberen Meeren, einem reichhaltigen
871 Fischbestand und einer Natur ohne Müll. Die Realität sieht bedrückend anders aus: In den
872 Ozeanen schwimmen Plastikmüllteppiche von der Größe Mitteleuropas. Auch unsere Flüsse und
873 Böden leiden unter der zunehmenden Vermüllung. Wenn wir jetzt nicht radikal umsteuern, wird
874 es 2050 mehr Plastik als Fische im Meer geben. Inzwischen findet sich Mikroplastik sogar in
875 der Arktis und im Gletschereis – obwohl dort nahezu keine Menschen leben.

876 Ein erster Schritt dagegen ist ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und
877 Pflegeprodukten. Denn Mikroplastik schadet nicht nur den Fischen, sondern kann
878 möglicherweise auch für unsere Gesundheit schädlich sein. Mikroplastik wurde schon in Salz,
879 Bier und Mineralwasser nachgewiesen. Welche giftigen Plastikzusätze wir dadurch zu uns
880 nehmen, weiß bisher niemand genau. Auch für das Klima ist Mikroplastik schlecht. Denn durch
881 den Zerfall in immer kleinere Partikel wird Methan freigesetzt – das wiederum zur Erhitzung
882 unserer Erde beiträgt.

883 Plastikflut eindämmen

884 Das Importverbot für Plastikmüll, das China Anfang 2018 verhängt hat, beweist, welch
885 riesiges Problem wir haben. Allein aus Europa importierte China rund 1,5 Millionen Tonnen
886 Plastikmüll pro Jahr. Seither müssen die Mitgliedstaaten ihre Müllberge selbst in die Hand
887 nehmen.

888 Um die zunehmende Plastikflut einzudämmen, brauchen wir anspruchsvolle Minderungsziele für

889 Plastikabfälle und höhere Recyclingquoten. Bis 2030 müssen wir unseren Verpackungsabfall in
890 der EU um 50 % reduzieren. Außerdem darf es nicht sein, dass Plastikmüll weiterhin deponiert
891 wird. Das wollen wir ändern. Ab 2030 müssen alle in der EU in den Verkehr gebrachten
892 Kunststoffprodukte wiederverwendbar oder komplett abbaubar sein oder kosteneffizient
893 recycelt werden können.

894 Plastik ist nicht per se schlecht. Für viele Einsatzgebiete, etwa in der Medizin, ist
895 Plastik ein wichtiger und sinnvoller Werkstoff. Problematisch ist die zunehmende Verwendung
896 von Plastik für Einweg- und Wegwerfprodukte. Denn als langlebiges Produkt darf Plastik nicht
897 in erster Linie für wenige Minuten verwendet werden, wie das beispielsweise bei Trinkhalmen
898 der Fall ist. Da, wo es Alternativen gibt, müssen sie auch genutzt werden.

899 Die Europäische Kommission hat dieses Problem in ihrer Plastikstrategie aufgegriffen und
900 unter anderem ein Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik wie Wattestäbchen, Plastikgeschirr
901 und auch Trinkhalmen angestoßen. Das ist ein guter Ansatz, bislang sind die Überlegungen der
902 Europäischen Kommission hierzu jedoch nur sehr vage ausgeführt. Wir Grüne setzen uns dafür
903 ein, dass die Verbotsliste um leichte Plastiktüten wie auch um Produkte aus der Industrie
904 und der Baubranche ergänzt und dann konsequent und möglichst zeitnah umgesetzt wird. Auch
905 reicht ein solches Verbot noch nicht, um den Massen an Einwegplastik umfangreich Einhalt zu
906 gebieten.

907 Zudem braucht es eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte. Eine solche Abgabe bietet
908 den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden. Zugleich
909 kann dadurch der Anteil von recyceltem Plastik gesteigert werden. Erdöl und Erdgas zur
910 Produktion von Kunststoffen dürfen nicht subventioniert werden. Die Besteuerung von Plastik
911 muss in eine umfassende und ambitionierte Strategie zur Einsparung und Vermeidung von
912 Plastik, zur Steigerung des Mehrweganteils und für besseres Produktdesign eingebettet
913 werden. Dazu gehört auch, die Forschung und Entwicklung von alternativen Materialien
914 auszubauen.

915 Recycling stärken

916 Wir wollen das Recycling von Plastik stärken. Auch hier bietet die Plastikstrategie der EU-
917 Kommission einen guten Ansatz, der jedoch erweitert werden sollte. Die Recyclingkapazitäten
918 in der EU müssen massiv ausgebaut werden. Dazu brauchen wir ein ökologisches und
919 recyclingfreundliches Produktdesign. Die Verpackungsindustrie muss hierzu ihren Beitrag
920 leisten. Denn immer mehr Verpackungen setzen sich aus vielen unterschiedlichen Materialien
921 zusammen – was die Recyclingfähigkeit einschränkt.

922 Getränkeflaschen sind ein Alltagsprodukt aus Plastik. Doch während wir in Deutschland ein
923 funktionierendes Mehrwegsystem haben, besteht auf EU-Ebene noch Handlungsbedarf.

Qualitativ

924 hochwertige Plastikflaschen können rund 40 Mal wieder befüllt werden. Das ist wesentlich
925 ökologischer als Einmalflaschen, die direkt in den Müll wandern. Unser Ziel ist eine
926 Mehrwegquote in der EU. Deutschland, Österreich und Portugal sind hier schon sehr viel
927 weiter als andere Mitgliedstaaten. Daher muss eine solche Quote zunächst gestaffelt
928 aufgebaut werden, um allen die gleichen Chancen zu geben. Für Einweggetränkeflaschen
929 brauchen wir ein EU-weit einheitliches Pfandsystem. Denn gerade diese Wegwerfprodukte
930 vermüllen unsere Landschaften, Strände und Meere.

931 Mit einer ambitionierten Strategie für ein plastikmüllfreies Europa können wir Vorbild sein.
932 Die Europäische Union muss sich aber auch für eine internationale Plastikkonvention unter
933 dem Dach der Vereinten Nationen einsetzen. Schließlich kennt Plastikmüll keine Grenzen.

934 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 935 • ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten,
- 936 • eine europäische Plastiksteuer,
- 937 • verbindliche Mehrwegquoten,
- 938 • ein EU-weit einheitliches Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen.